

Zschopauer Tageblatt und Anzeiger

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ erscheint werktäglich, monatlich, Bezugspreis 1,70 RM. Zustellgebühr 20 Pf. Bestellungen werden in unserer Geschäftsst., von den Woten, sowie von allen Postanstalten angenommen.

Anzeigenpreise:
Die 46 mm breite Millimeterzeile 7 Pf.; die 93 mm breite Millimeterzeile im Textteil 25 Pf.; Nachschlüssel E; Ziffer- und Nachschlüsselgebühren 25 Pf., zuzüglich Porto.

Das „Zschopauer Tageblatt und Anzeiger“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrats zu Zschoa und des Bürgermeisters zu Zschopau befähigter bestimmter Blatt und enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Finanzamtes Zschopau - Dankkonten: Ergebirgische Handelsbank a. S. m. b. H. Zschopau, Gemeindegeldkonto Zschopau Nr. 249, Postsparkonto: Leipzig Nr. 42884 - Fernsprecher: Nr. 712

Zeitung für die Orte: Börschen, Dittersdorf, Dittmannsdorf, Gornau, Hohndorf, Krumhermersdorf, Scharfenstein, Schöpschen, Porschen, Waldkirchen, Weißbach, Wilschthal, Wilschdorf

Nr. 222

Sonnabend, den 23. September 1939

107. Jahrgang

Lemberg hat sich ergeben

Modlin und Warschau getrennt abgeriegelt / Der Oberbefehlshaber der polnischen Korridorarmee gefangen

Berlin, 23. September (Zuspruch). Das Oberkommando der Wehrmacht gibt bekannt: Lemberg ergab sich gestern den bereits im Abmarsch befindlichen deutschen Truppen. Ueberrassungsverhandlungen sind im Einvernehmen mit den am Ostrand der Stadt stehenden sowjetrussischen Truppen im Gange. Beim Abzug der Oberbefehlshaber der polnischen Korridorarmee General Bortnowski mit seinem Stabe in unsere Hand.

Nach heftigem Kampfe mit einem sich verzweifelt wehrenden Gegner gelang es gestern die Südbahnlinie an der Weichsel zwischen Modlin und Warschau zu überqueren und damit beide Städte getrennt abzuriegeln. Mehrere Tausend Gefangene wurden gemacht.

Im Westen nur an einzelnen Stellen schwache Artillerietätigkeit. Bei Saarbrücken wurde ein französisches Flugzeug durch Flakfeuer zur Landung gezwungen, die Besatzung gefangen genommen. Ein deutsches Flugzeug im Luftkampf abgeschossen.

Die Demarkationslinie in Polen

Zwischen dem deutschen Heer und der Roten Armee festgelegt

Die deutsche Regierung und die Regierung der UdSSR. haben die Demarkationslinie zwischen dem deutschen Heer und der Roten Armee festgelegt. Die Demarkationslinie verläuft entlang den Flüssen Wisla, Karow, Weichsel und San.

Sowjettruppen besetzten Pinst

Säuberung Weißrusslands und der Westukraine von Resten der polnischen Armee

Amlich wird folgende Verlautbarung vom General-

stab der Roten Armee über die Kampfhandlungen in Polen am 21. September bekanntgegeben: Die Truppen der Roten Armee haben im Laufe des 21. September auch die Linien besetzt, die am Vortage erreicht wurden.

Die besetzten Gebiete im westlichen Weißrussland und der Westukraine wurden von den Resten der polnischen Armee im Süden der Linie Lublin-Lunin gefolgt; Abteilungen der Roten Armee besetzten am 19. Uhr am 21. September die Stadt Pinsk und fändern die Kavans von Lemberg und Sarau von polnischen Offiziersgruppen.

Vertreibung der Schweizerischen Neutralität durch zwei französische Flugzeuge

Der Pruntrutter Alpsee (unweit 10 Kilometer östlich von Bellinz) wurde, wie erst jetzt bekannt wird, am Mittwochmorgen von zwei französischen Flugzeugen, die aus verschiedenen Richtungen kamen, überflogen. Die eine französische Maschine, wie man annimmt, ein Bomber, erschien über der Stadt Pruntrut von West (also von Nordosten) her und enterte sich in Richtung Belmont. Das andere französische Flugzeug flog von Telle (französischer Grenzort nordwestlich von Pruntrut) her in den Pruntrutter Alpsee. Es überflog den Schweizerischen Postposten Boncourt, wo es abgeschossen wurde und trat dann den Rückflug an.

Wie die Agentur „Schweizerische Mittelpresse“ ergänzend mitteilt, wurde eines der französischen Flugzeuge, die am Mittwoch das Gebiet von Pruntrut überflogen, beschossen, so daß es bei Telle landen mußte. Es handelt sich um ein Bloch-Bombenflugzeug. Im übrigen nehme man an, daß sich die beiden Flugzeuge nach einem heftigen Luftkampf, der sich am Mittwochmorgen im Oberelss abspielte haben soll, verirrt hätten.

England und der Südosten

Der Feind der Neutralen. - Kriegsgötter und Mörder.

Die Ermordung des rumänischen Ministerpräsidenten Calinescu ist keineswegs nur eine innere Angelegenheit Rumäniens, sondern sie greift weit darüber hinaus auf die zwischenstaatlichen Beziehungen der Großmächte über. Die Frage, wer hinter den Mordern steht, beantwortet sich durch die andere Frage, wer ein Interesse an diesem Mord gehabt hat, wo die Freunde und wo die Feinde Calinescus zu suchen sind, und wie sich die verschiedenen Länder nach der Mordtat verhalten haben. In dieser Hinsicht war es besonders auffallend, daß die englische Propaganda sich - ganz ähnlich wie es bei der „Athena“ der Fall war - sofort dieser Angelegenheit bemächtigte, um sie zu einer wilden Hege gegen Deutschland auszubenten. Es wurde die infame Behauptung aufgestellt, daß die Mörder von Deutschland bezahlt seien, während in Wirklichkeit jeder, der die Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, wissen mußte, daß Calinescu ein überzeugter Vertreter derjenigen Neutralitätspolitik gewesen ist, die von Deutschland als die einzig richtige Linie der Südoststaaten angesprochen wird. Dagegen ist der ermordete Ministerpräsident von den Polen und den hinter ihnen stehenden Engländern eben wegen dieser Neutralitätspolitik auf das heftigste angefeindet worden, so daß sich das Blatt sehr rasch gewendet hat. Die Engländer befinden sich bereits heute im Zustand der Verteidigung gegen den auf das härteste begründeten Verdacht, daß sie ihrerseits die Mörder dieses Mordes gewesen sind, weil sie ein Interesse daran hatten, einen Staatsmann zu beseitigen, der durch seine korrekte neutrale Haltung die englische Einkreisungspolitik störte.

Dieser Mord von Bukarest wirft ein neues großes Schlaglicht auf die Politik, die England im Südostraum betreibt. Schon mehrere Jahre hat London die Anstrengungen um die Einkreisung der Südoststaaten in das britische Einkreisungssystem eifrig betrieben. Die Fühlungnahme mit den Hauptstädten der Türkei, Rumäniens, Griechenlands und Jugoslawiens wurde mit politischen und finanziellen Mitteln konsequent betrieben, hatte aber nur sehr teilweise und nur sehr vorübergehenden Erfolg. Mit der Türkei kam es bekanntlich zu einem Paktabschluss, bei dem die Türken aber vorsichtig genug waren, die Neutralität zunächst auszusuchen und sie vom Verhalten Sowjetrusslands abhängig zu machen. Inzwischen hat eine neue türkisch-russische Fühlungnahme eingesetzt, durch welche die Ratifizierung des Vertrags zwischen den Türken und den Westmächten sehr fraglich geworden ist. Griechenland und Rumänien wurden von den Engländern mit einseitigen Garantieerklärungen bedacht, aber sie haben sich trotz dieser unerbetenen „Sicherung“ ihre Handlungsfreiheit absolut vorbehalten. Das englische Pfund ist in den letzten Monaten gerade im Südosten zwar wieder sehr lebhaft in Aktion gesetzt worden, aber damit konnten die englischen Wünsche ebenfalls nicht verwirklicht werden. Der Balkanbund hat sich vor etwa einem halben Jahre nach der damaligen türkischen Schwertung eindeutig gegen die englische Einkreisungspolitik ausgesprochen.

Wanz anders als diese auf offenkundige Kriegsziele abgestellte Südostpolitik der Engländer, die jetzt mit der Ermordung Calinescus ein neues grauenvolles Zeugnis ihres wirklichen Charakters geliefert hat, sind die deutschen Beziehungen zu den Südostländern. Sie beruhen auf einem natürlichen Wirtschaftsaustausch, und der Südosten weiß, daß diese Politik dem Frieden dient.

Enger deutsch-rumänischer Warenaustausch

Minister Gurgu über den deutsch-rumänischen Wirtschaftsverkehr

Der ehemalige rumänische Wirtschaftsminister und Großindustrielle Ion Gurgu, der als Vizepräsident des rumänischen Abgeordnetenhauses eine führende Rolle in der rumänischen Politik spielt, benutzte einen längeren Aufenthalt in Deutschland, um mit führenden deutschen Persönlichkeiten in Fühlung zu treten. Minister a. D. Gurgu empfing kurz vor seiner Abreise den Berliner Berichterstatter des „Südost-Echo“ zu einer längeren Aussprache.

Auf die Frage, ob die deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen durch den Krieg vielleicht beeinträchtigt werden könnten, sagte Gurgu:

„Ich glaube, daß der deutsch-rumänische Warenaustausch keineswegs gestört, sondern im Gegenteil noch enger gestaltet werden wird. Was die Lieferungen Rumäniens nach Deutschland betrifft, so kann ich sagen, daß wir viel liefern können und wollen. Ein gesteigerter deutsch-rumänischer Warenaustausch wird der Hebung des rumänischen Wirtschaftsstandes sehr zugute kommen. Der deutsch-rumänische Wirtschaftsverkehr vom März d. J. ist die beste Voraussetzung für diese Entwicklung.“

Zur rumänischen Auffassung über wirtschaftliche Neutralität sagte der Minister a. D. Gurgu:

„Es ist selbstverständlich, daß wir uns in unserem freundschaftlichen Handeln mit dem Deutschen Reich von niemandem beeinträchtigen lassen. Im Spiel der Kräfte Mittel- und Osteuropas erwachen wir die Großmacht Deutschland, die immer wirtschaftliche Interessen im Südosten haben wird, als geeignet, das Gleichgewicht zu stabilisieren und zu erhalten. Rumänien hat Interesse an einem Großdeutschland, wie auch Deutschland ein Interesse daran haben muß, daß die Donaumündungen in den Händen eines neutralen Landes sind. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist für uns oder für einen Rumänen der Krieg heute eine unvermeidliche schmerzliche Sache, da einerseits Deutschland kein Friedensziel gegen den Westen hat, und andererseits eine etwa von den Westmächten gewünschte Aufteilung Deutschlands als Unmöglichkeit zu betrachten ist. Die Tschecho-Slowakei und Polen sind nach unserer Ansicht nur deshalb in eine mißliche Lage gekommen, weil sie es nicht lassen konnten, am gefährlichen Mausestiel der internationalen Großmachtpolitik teilzunehmen.“

Belleid der Reichsregierung zum Tode Calinescus

Amlichlich der Ermordung des rumänischen Ministerpräsidenten ist der deutsche Gesandte in Bukarest beauftragt wor-

den, der tschechisch-rumänischen Regierung die Unternehmung der deutschen Reichsregierung zu übermitteln.

Im Namen des Reichsministers des Auswärtigen v. Ribbentrop hat der Staatssekretär des Auswärtigen v. Welzländer in Begleitung des Chef des Protokolls, Gesandten v. Doernberger, dem tschechisch-rumänischen Gesandten in Berlin, Crubescu, sein Belleid zum Ausdruck gebracht.

Neutrale Staaten sehr befriedigt

Wochens-Erklärung vor der Auslandspresse fast beendet

Die Erklärungen, die Reichsminister Dr. Goebbels vor der in Berlin vertretenen Auslandspresse über die unbedingte Haltung der Neutralität Hollands, Belgiens und Luxemburgs durch Deutschland abgegeben hat, findet in der Presse dieser Staaten größte Beachtung.

Die holländische Presse bringt die Äußerungen des Ministers in großer Aufmachung auf der ersten Seite. Der „Telegraaf“ sagt dazu, daß nun ein für allemal den Gerüchten ein Ende bereitet sein müsse, wonach Deutschland plane, durch Holland oder Belgien offen ins vorzugehen.

Ein gleich hartes Echo findet das Dementi, daß Dr. Goebbels den Gerüchten über deutsche Angriffspläne gegen belgische und holländische Neutralität entgegengesetzt hat, in der gesamten belgischen Presse. Ebenso werden die Ausführungen Dr. Goebbels in aller Ausführlichkeit von den Zeitungen Dänemarks wiedergegeben.

Die Zeitungen betonen, daß Dr. Goebbels auch eine Reihe anderer in letzter Zeit vom englischen Außenministerium ausgehender Berichte dementiert und sich sehr klar über eine Reihe aktueller Fragen ausgesprochen habe.

Neue Klagen über das Chaos in der englischen Wirtschaft

In der „Financial Review“ vom Mittwoch wird zum Ausdruck gebracht, in Handelskreisen klage man darüber, daß die britische Ausfuhr durch die Banken erschwert werde, da die Banken in letzter Zeit Exportkredite limitierten. Es wird erklärt, daß es sehr schwierig sei, Bankkredite für Transaktionen zu erhalten, die durch das Export-Credit-Departement garantiert seien.

Es sei verschiedentlich vorgekommen, daß Kredite, die ursprünglich für derartige Transaktionen zugesagt worden seien, zurückgezogen wurden. Das englische Blatt stellt dann fest, daß, falls diese Klagen aus Wirtschaftskreisen begründet sein sollten, dies auf einen großen Mangel in der Zusammenarbeit zwischen den Banken und den Regierungsinstitutionen schließen lasse. Man habe allgemein erwartet, daß der Ausfuhrhandel sich des besonderen Interesses der Behörden erfreuen sollte.